

IRAN / WIRTSCHAFT UND POLITIK

Schärfere Sanktionen treffen Logistiker besonders hart

Druck der USA trifft deutsche Unternehmen / Von Benjamin Kleemann

FRANKFURT (NfA)--Walter Posch, Iran-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik, warnt im NfA-Interview davor, die Wirtschaftsbeziehungen zum Iran weiter einzuschränken. Dies würde nicht nur bedeuten, den Markt der internationalen Konkurrenz zu überlassen, sondern zudem den Verlust des Zugangs zu den Öl- und Gasvorräten des Landes. Dennoch rechnet Posch bis zum Sommer mit einer Verschärfung der UN-Sanktionen, die insbesondere den Transportsektor treffen könnten.

NfA: Deutschland hat 2009 Waren im Wert von rund 3,7 Mrd EUR nach Iran exportiert. Dennoch vermeiden die meisten Wirtschaftsverbände jeden öffentlichen Kommentar zur aktuellen Iran-Politik oder sind auf die Sanktionspolitik der Bundesregierung eingeschwent. Ist das die Folge politischen Drucks?

Walter Posch: Ich sehe die Ursache eher in einer Mischung aus moralischem Druck und Erkenntnis. Niemand will sich dem Vorwurf aussetzen, mit potenziellen Atombombenbauern an einem Strang zu ziehen. Das treibt den Preis für den Handel mit Iran nach oben. Zugleich hat sich in der Wirtschaft Resignation breit gemacht, weil sich die deutsche Politik sich bereits für eine Verschärfung der Sanktionen entschieden hat.

In den letzten Monaten haben Unternehmen wie Siemens, Allianz und Daimler, die auch in den USA stark engagiert sind, ihren Rückzug aus dem Iran angekündigt. Wie begründet ist die Angst, durch Geschäfte im Iran Aufträge in den Vereinigten Staaten zu verlieren?

Die USA haben eine Reihe von restriktiven Maßnahmen erlassen, die über Sanktionen gegen das Atomprogramm hinaus gehen und die

Erdölindustrie und das Bankenwesen Irans treffen. Sie fordern zudem, dass diese auch von den Europäern umgesetzt werden. In der Praxis bedeutet dies, dass Unternehmen und Banken vom amerikanischen Markt ausgeschlossen werden, sollte ihre Beteiligung an iranischen Projekten eine gewisse Größenordnung überschreiten.



Posch: „China und Indien sind nicht bereit, auf Iran als Wirtschaftspartner zu verzichten.“ Foto: SWP

Wie können deutsche Unternehmen ihren Zahlungsverkehr mit dem Iran überhaupt noch abwickeln, wenn europäische Banken dazu immer weniger bereit sind?

Zum einen gibt es noch immer den Weg über Zwischenhändler in Dubai oder der Türkei, aber auch dieser wird zunehmend schwie-

riger. Bisher hat Ankara Sanktionen stets abgelehnt, doch über kurz oder lang wird man den Vereinigten Staaten Zugeständnisse machen müssen. Das Ausweichen auf asiatische Banken ist ebenfalls eine Möglichkeit. Aber der deutsche Mittelständler vertraut in erster Linie seiner Hausbank und will von dieser nur ungern weg. Außerdem werden die Bankgeschäfte mit Iran immer teurer.

Sind deutsche Produkte denn angesichts der aktuellen Sanktionspolitik im Iran überhaupt noch willkommen?

Auf jeden Fall. Insbesondere der deutsche Maschinenbau, der den größten Teil der Exporte ausmacht, genießt dort einen hervorragenden Ruf. Hinzu kommt, dass viele Iraner in Deutschland studiert haben und der deutsch-iranische Handel auf eine lange Tradition zurückblicken kann.

Während die Bundesregierung die Unterstützung von Messebeteiligungen beendet und die Hermes-Bürgschaften für Iran-Geschäfte massiv zurückfährt, zeigen andere - auch europäische - Regierungen weit weniger Skrupel. Wer profitiert am meisten vom deutschen Rückzug?

In erster Linie sind das die Asiaten. China ist ebenso wenig wie Indien bereit, auf Iran als Wirtschaftspartner zu verzichten. Für beide Länder steht dabei die Energiesicherheit im Fordergrund - also der Zugang zu den riesigen Öl- und Gasvorräten. Aber auch Brasilien baut auf Kosten der Europäer seine Position in den Schlüsselindustrien aus.



Ein Mercedes - auch älteren Jahrgangs - zieht interessierte Blicke auf sich: Deutsche Qualitätsarbeit ist in Iran nach wie vor gefragt. Foto: C. Farivar

Rechnen Sie damit, dass sich der UN-Sicherheitsrat bald auf eine Verschärfung der Sanktionen einigen wird?

Ja, ich gehe davon aus, dass er noch vor den Sommerferien neue Sanktionen erlässt. Denn auch China zeigt inzwischen Entgegenkommen und kauft sein Öl bereits verstärkt in Saudi-Arabien statt im Iran. Worauf man sich im Einzelnen einigen wird, ist schwer abzuschätzen, aber im Fokus stehen Restriktionen für den Transportsektor.

Welches Risiko gehen die Europäer ein, wenn sie die Sanktionen ausweiten?

Jede weitere Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen kommt einer freiwilligen Räumung und einem Verlust des iranischen Marktes auf Jahre, wahrscheinlich sogar

auf Generationen gleich. Das Problem liegt nicht nur im bloßen Verlust von Marktanteilen, sondern im Rückzug aus einer Region, in der die für die Weltwirtschaft wichtigsten Energiereserven lagern. Damit würden sich die Europäer auch im Vergleich zu den USA in eine unvorteilhafte Lage bringen, denn die Amerikaner sind in der Golfregion ohnehin sehr präsent.

bkl/NfA/21.4.2010

Der promovierte Iranwissenschaftler Walter Posch arbeitete von 2004 bis 2009 als Analyst am European Union Institute for Security Studies in Paris. Heute forscht er im Auftrag der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik zu aktuellen Entwicklungen im Iran sowie den Beziehungen zwischen Teheran und der Europäischen Union.